



# 7 Idealtypische u. reale Wirtschaftssysteme

Rogall  
2016

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für  
Wirtschaft und Recht Berlin  
Berlin School of Economics and Law

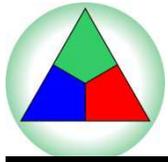
## Wirtschaftssysteme: Überblick

- 7.1 Kapitalistische Marktwirtschaft – Marktversagen
- 7.2 Zentralverwaltungswirtschaft – Bürokratieversagen
- 7.3 Nachhaltige Marktwirtschaft
- 7.4 Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands
- 7.5 Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik

Ziel: Kennen lernen von idealtypischen Wirtschaftssystemen

Stand: 01.08.2016

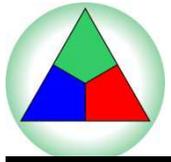




## Kriterien zur Einteilung von Wirtschaftssystemen

Rogall  
2016

- 1) In wessen **Eigentum** sind die Produktionsmittel?
- 2) **Wer verfügt** über den **Überschuss**?
- 3) **Wer setzt die Manager** ein und **kontrolliert** sie?
- 4) **Wer** entscheidet darüber **was produziert** wird?
- 5) Wie wird mit **Externalitäten** umgegangen?



# Wirtschaftssysteme nach NaÖk

Kriterien	A) Kapitalistische Marktwirt.	B) Zentralverwaltungs-wirtschaft	C) Nachhaltige Marktwirtschaft	D) Staatskapitalismus
<b>1) Eigentum an Produktionsmittel?</b>	Privat-eigentum	Über-wiegend Staat	div.: Privat, Kommunen, Staat, Genoss.	Überwiegend Privat u. Staat
<b>2) Verfügung über den Überschuss? Ziel:</b>	Eigentümer  Gewinnmax.	Politiker, Verwaltung Gewinn existiert nicht	Eigentümer in Leitplanken angemessener Gewinn	Eigentümer  Gewinnmax.
<b>3) Einsetzung /Kontrolle der Manager</b>	Eigentümer	Politiker, Verwaltung	Eigentümer Leitplanken	Eigentümer, Staats-kontrolle

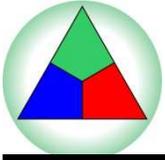


# Wirtschaftssysteme nach NaÖk

Rogall

2016

Kriterien	A) Kapitalistische Marktwirt.	B) Zentralverwaltungswirtschaft	C) Nachhaltige Marktwirtschaft	D) Staatskapitalismus
4) Wer entscheidet darüber, was produziert wird?	Theorie: Konsumenten  Realität: z. T. Manager	Theorie: Gemeinwohl Realität: Gruppeninteressen	Konsumenten im Rahmen sozial-ökolog. Leitplanken	Theorie: Konsumenten, Realität: Manager/ Staat
5) Wie wird mit Externalitäten umgegangen	werden hingenommen o. schwache Maßnahmen	Theorie: Gemeinwohl, Realität: schlechte Umwelt- u. Sozialbilanz	Leitplanken nach Standard-Preis-Ans.	Schwache Maßnahmen



Rogall  
2016

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für  
Wirtschaft und Recht Berlin  
Berlin School of Economics and Law

Wirtschaftssysteme: Überblick

## 7.1 Kapitalistische Marktwirtschaft – Marktversagen

7.2 Zentralverwaltungswirtschaft

7.3 Nachhaltige Marktwirtschaft

7.5 Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands

7.6 Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik





# Existieren „reine“ Marktwirtschaften?

Rogall

2016

- Reine Marktwirtschaften → existieren nicht
- Samuelson* (2005: 26): Mischsysteme
- Am ehesten: Zeit der industriellen Revolution des 19. Jh. in GB

## Kapitalistische Marktwirtschaft.

- Charakterisierung:** Staatseingriffe werden abgelehnt, da optimale Allokation über Märkte.



# Formen und Ursachen des Marktversagens

Rogall  
2016

**1) Übernutzung der natürlichen Ressourcen**

**5) Instabilität der globalen Finanz- und Währungsmärkte**

**2) Wirtschaftskrisen & Massenarbeitslosigkeit**

**6) Unzureichende Finanzierung meritorischer, exzessive Nutzung demeritorischer Güter**

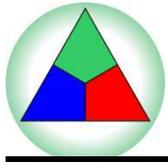
**3) Inflation/ Geldentwertung**

**7) Ungleiche Einkommens- & Vermögensverteilung, Armut**

**4) Fehlender Wettbewerb, Konzentration**

**8) Leistungsbilanzungleichgewichte**

Rogall (2012), S. 479



# Formen und Ursachen des **Marktversagens**

<b>Formen Marktversagen</b>	<b>Ursachen Marktversagen</b>
1) <b>Übernutzung/Verbrauch natürl. Ressourcen</b>	sozial-ökonom. Faktoren (z.B. Externalisierung, öffentl. Güter-Probl., Gefangendilemma, Diskontierung)
2) <b>Wirtschaftskrisen u. Arbeitslosigkeit</b>	Nachfrage- u. Investitionsschwäche (neg. Erwartungen) Produktivitätssteigerung > Absatz
3) <b>Instabile Preise u. Finanzmärkte</b>	Nachfrage-/Angebotsüberhang, Kosteninflation, Deregulierung
4) <b>Meritorische u. demeritorische Güter</b>	sozial-ökonom. Faktoren (Diskontierung) → Übernutzung demerit. G. u. niedrigen Standard meritorischer G.
5) <b>Fehlentwicklungen in Wirtschaft u. Politik</b>	Politikversagen (mangelnde Leitplanken u. Sanktionierung), Werteverfall
6) <b>Ungleiche Verteilung, Armut</b>	a) Armut u. Reichtum reproduzieren sich, b) prekäre Arbeitsverhältnisse, c) Staat gleicht nicht ausreichend aus
7) <b>Mangelnder Wettbewerb Machtkonzentration</b>	Konzentrationsprozesse, Kartelle, Politikbeeinflussung, unzureichender Schutz der Konsumenten
8) <b>Leistungsbilanz- ungleichgewichte</b>	Freihandel, sozial-ökologisches Dumping



# Folgt der Kapitalismus der Zentralenverwaltungswirtschaft

Rogall

2016

## Warum sind die beiden Ideologien des 20 Jh. gescheitert ?

- 🌐 **Verschärfung der Verteilungsungerechtigkeit, Macht- und Vermögenskonzentration**
  - 🌐 **Ausgrenzung der Ärmsten:** 2 Mrd. Menschen haben keinen Zugang zu Strom, über 1 Mrd. Menschen hungert oder ist fehlernährt und hat keinen Zugang zu sanitären Anlagen und sauberem Wasser.
- ➔ **Eine kapitalistische Marktwirtschaft ist nicht zukunftsfähig (Rifkin)**
- Folgt sie der Zentralverwaltungswirtschaft?**



# Formen und Ursachen des Marktversagens

Rogall  
2016

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für  
Wirtschaft und Recht Berlin  
Berlin School of Economics and Law

Wirtschaftssysteme: Überblick

7.1 Kapitalistische Marktwirtschaft

## 7.2 Zentralverwaltungswirtschaft – Funktionsmängel

7.3 Nachhaltige Marktwirtschaft

7.4 Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands

7.5 Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik

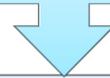




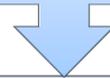
# Modell einer zentralen Planung

Rogall  
2016

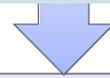
1) Betriebe liefern **Daten über Produktionsfaktoren**



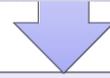
2) Ministerien melden den **Bedarf** an Produktgruppen



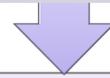
3) Plankommission erstellt **Planbilanzen** (in der ehem. DDR 4.500)  
Einsatzmengen für die festgelegte Produktmenge in Bedarfsbilanzen festgelegt



4) Die Pläne legte die Planungsbehörde den Politikern vor  
**Richtungsentscheidungen**



5) Realisierungsmöglichkeit der Pläne geprüft.  
Unterabteilungen der Behörden einbezogen



6) Planungsbürokratie erstellt einen **volkswirtschaftlichen Gesamtplan** für alle Betriebe.



# Funktionsmängel - Überblick

Rogall  
2016

**1) Informationsmängel**

**2) Falsche Vorgaben**

**3) Fehlende Anreize und Sanktionen**

**4) Fehlende Innovationsdynamik (Fortschrittsfeindlichkeit)**

**5) Ausweichwirtschaft**

**6) Zu hoher Komplexitätsgrad**

**7) Keine Kreditbeziehungen, keine Konvertibilität der Währung**

**8) Ineffizienter Umgang und Übernutzung der natürl. Ressourcen**



# Funktionsmängel der Zentralverwaltungswirtschaften

Rogall  
2016

## 1) Informationsmängel

- Die Planungszentrale wurde von den einzelnen Betrieben nur unzureichend über wirtschaftlichen Gegebenheiten informiert (vorhandene Produktionsfaktoren, neue Verfahren, optimale Produktionsabläufe, Bedarf der Konsumenten und Produktionskosten)  
**→ Ausgangsdaten waren falsch**

Falsche Vorgaben

Fehlende Anreize und Sanktionsprobleme

Fehlende Innovationsdynamik

Ausweichwirtschaft

Zu hoher Komplexitätsgrad

Keine Kreditbeziehungen, keine Konvertibilität der Währung

Ineffizienter Umgang und Übernutzung der natürlichen Ressourcen



# Funktionsmängel der Zentralverwaltungswirtschaften

Rogall  
2016

## Informationsmängel

### 2) Falsche Vorgaben

- Die Planungsbürokratie gab falsche, die Ineffizienz fördernde, Planungsvorgaben (Tonnenideologie, z.B. Traktoren, Schrauben)

### 3) Fehlende Anreize und Sanktionsprobleme

- „Weiche“ Pläne interessanter als Minimierung der Kosten und Produktivitätssteigerung (120% Planerfüllung)

## Fehlende Innovationsdynamik

## Ausweichwirtschaft

## Zu hoher Komplexitätsgrad

## Keine Kreditbeziehungen, keine Konvertibilität der Währung

## Ineffizienter Umgang und Übernutzung der natürlichen Ressourcen



# Funktionsmängel der Zentralverwaltungswirtschaften

Rogall

2016

Informationsmängel

Falsche Vorgaben

Fehlende Anreize und Sanktionsprobleme

**4) Fehlende Innovationsdynamik**

- Fortschrittsfeindlichkeit, Motivationsmangel

**5) Ausweichwirtschaft**

- Produktion für den Schwarzmarkt u. „strategische Reserven“

Zu hoher Komplexitätsgrad

Keine Kreditbeziehungen, keine Konvertibilität der Währung

Ineffizienter Umgang und Übernutzung der natürlichen Ressourcen



# Funktionsmängel der Zentralverwaltungswirtschaften

Rogall  
2016

Informationsmängel

Falsche Vorgaben

Fehlende Anreize und Sanktionsprobleme

Fehlende Innovationsdynamik

Ausweichwirtschaft

**6) Zu hoher Komplexitätsgrad**

- Die Erzeugungs- u. Leistungsnomenklatur umfasste 100.000 Positionen, zentraler Artikelkatalog mit etwa 82 Millionen Artikeln

**7) Keine Kreditbeziehungen, keine Konvertibilität der Währung**

- Werksleiter konnte keine kurzfristigen Kredite aufnehmen und damit dringend notwendige Investitionsgüter oder Vorprodukte erwerben.

Ineffizienter Umgang und Übernutzung der natürlichen Ressourcen



# Funktionsmängel der Zentralverwaltungswirtschaften

Rogall  
2016

Informationsmängel

Falsche Vorgaben

Fehlende Anreize und Sanktionsprobleme

Fehlende Innovationsdynamik

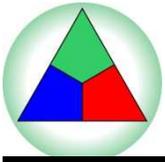
Ausweichwirtschaft

Zu hoher Komplexitätsgrad

Keine Kreditbeziehungen, keine Konvertibilität der Währung

**8) Ineffizienter Umgang und Übernutzung der natürl. Ressourcen**

- Die Sowjetunion emittierte mehr Treibhausgase als die USA, insgesamt war die Umweltsituation (z.B. Luftimmissionen ab den 1970er Jahren) schlechter als in den gemischtwirtschaftlichen Systemen.



Rogall  
2016

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für  
Wirtschaft und Recht Berlin  
Berlin School of Economics and Law

Wirtschaftssysteme: Überblick

7.1 Kapitalistische (reine) Marktwirtschaft

7.2 Zentralverwaltungswirtschaft

## 7.3 Nachhaltige Marktwirtschaft

7.4 Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands

7.5 Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik



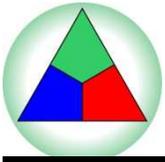


# Vorläufer und Entstehung

Rogall

2016

- 🌍 Im 19. Jh. wurden die **Schwächen reiner Marktwirtschaft deutlich**
  - ➔ Der Staat übernahm die Aufgabe bei Marktversagen einzugreifen
- 🌍 Nach dem 2. Weltkrieg herrschte 35 J. lang (1946-82) **Konsens**, dass nur Gemischtwirtschaften in der Lage sind, die strukturellen Schwächen idealtypischer Wirtschaftssysteme auszugleichen.
  - ➔ Entstehung gemischtwirtschaftlicher Ökonomien. Leitidee: **Soziale Marktwirtschaft** oder **demokratischer Sozialismus**.
- 🌍 **In den 1980er J. zerbrach der Konsens**
  - ➔ Neuer Wirtschaftsliberalismus und  
Deregulierung (Washingtoner Konsens)



# Nachhaltige Marktwirtschaft

Rogall  
2016

## **Nachhaltige (sozial-ökologische) Marktwirtschaft:**

Ein Wirtschaftssystem, das der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes mit seinen diversen Unternehmens- und Marktformen einen sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen gibt.

 Hierunter werden gesetzliche Normen verstanden, die ökonomische, ökologische und sozial-kulturelle Ziele durchsetzen sollen (z.B. sozial-ökologische Leitplanken zur Einleitung einer Nachhaltigen Entwicklung).



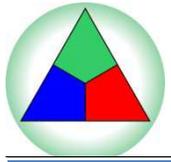
# Folgt der Kapitalismus der Zentralenverwaltungswirtschaft?

Rogall

2016

**Warum sind die beiden Ideologien (Kapitalismus, Kommunismus) des 20. Jh. gescheitert ?**

- 🌐 **Verschärfung der Verteilungsungerechtigkeit, Macht- und Vermögenskonzentration:** Die ca. 360 reichsten Familien verfügen über ein Vermögen wie das Jahreseinkommen der 2,5 Mrd. ärmsten Menschen
  - 🌐 **Ausgrenzung der Ärmsten:** 2 Mrd. Menschen haben keinen Zugang zu Strom, über 1 Mrd. Menschen hungert oder ist fehlernährt und hat keinen Zugang zu sanitären Anlagen und sauberem Wasser.
- ➔ **Eine kapitalistische Marktwirtschaft ist nicht zukunftsfähig (Rifkin)  
Folgt sie der Zentralverwaltungswirtschaft?**



## Lösungsansätze einer nachhaltigen Marktwirt.

Aufgaben	Lösungsansätze
1) Nachhaltige Nutzung natürl. Ressourcen	Nachhaltiger Umbau der Volkswirtschaften durch Einführung polit.-rechtl. Instrumente (z.B. ÖSR)
2) Dämpfung von Wirtschaftskrisen u. Arbeitslosigkeit	Nachhaltige Wirt.pol. (z.B. selektives Wachstum, Finanzierung von Arbeit, Arbeitszeitverkürzung)
3) Stabile Preise und Finanzmärkte	Instrumentenmix, Regulierung der Finanzmärkte (z.B. Kapitaltransaktionssteuer)
4) Meritorische u. demeritorische Güter	Lenkungsabgaben, Infrastrukturinvestitionen, Senkung Verschuldung durch Erhöhung der Staatseinnahmen
5) Rückführung der Fehlentwicklungen	Mit Instrumentenmix die Machtkonzentration u. Fehlentwicklungen zurückführen, Mitbestimmung
6) Gerechte Einkommens- u. Vermögensverteilung, keine Armut	Gerechtere Steuer- und Ausgabenpolitik (Erbsteuern, höhere Spitzensteuersätze) sowie Arbeitnehmerschutzrechte, Mindestlöhne
7) Gewährleistung von Wettbewerb	Missbrauchsaufsicht*, zusätzl. Entflechtung, Rekommunalisierung
8) Leistungsbilanzgleichg.	Verhinderung Leistungsbilanzdefizite, globaler Ordnungsrahmen gegen sozial-ökologisches Dumping



# Lösungsansätze einer nachhaltigen Marktwirtschaft

Rogall  
2016

## 1) Übernutzung der natürlichen Ressourcen

- Einsatz politisch-rechtlicher Instrumente

## 2) Wirtschaftskrisen & Massenarbeitslosigkeit

- Selektives Wachstum
- Finanzierung von Arbeit, Arbeitszeitverkürzung

## 3) Inflation/ Geldentwertung

- Instrumentenmix

## 4) Fehlender Wettbewerb, Konzentration

- Missbrauchsaufsicht
- Entflechtung
- Rekommunalisierung

Rogall (2012), S. 479



# Lösungsansätze einer nachhaltigen Marktwirtschaft

Rogall  
2016

## 5) Instabilität der globalen Finanz- und Währungsmärkte

- Regulierung der Finanzmärkte, z.B. Basel III Bankenaufsicht

## 6) Staatsverschuldung, meritorische & demeritorische Güter

- Senkung der Verschuldung
- Lenkungsabgaben

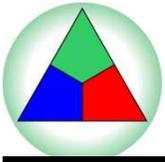
## 7) Ungleiche Einkommens- u. Vermögensverteilung, Armut

- Höhere Erbschafts- u. Spitzensteuersätze
- Arbeitnehmerschutzrechte, Mindestlöhne,
- bessere Ausstattung mit meritor. Gütern

## 8) Leistungsbilanzungleichgewichte

- Globaler Ordnungsrahmen gegen sozial-ökologisches Dumping

Rogall (2012), S. 479



# Optionen des Staates (Stiglitz) - Übersicht

Rogall  
2016

1) Staatseigene (kommunale) Betriebe & Einrichtungen

2) Vorschriften (Leitplanken) für den privaten Sektor

3) Finanzpolitische Instrumente

4) Erwerb von Gütern aus dem privaten Sektor

5) Informationen und Anreize für den privaten Sektor



# Optionen des Staates (Stiglitz) - Übersicht

Rogall  
2016

## 1) Staatseigene (kommunale) Betriebe & Einrichtungen

- Post, Bahn, Stadtwerke; Bundesagentur für Arbeit, Rentenversicherungsträger

## 2) Vorschriften (Leitplanken) für den privaten Sektor

## 3) Finanzpolitische Instrumente

## 4) Erwerb von Gütern aus dem privaten Sektor

## 5) Informationen und Anreize für den privaten Sektor



# Optionen des Staates (Stiglitz) - Übersicht

Rogall  
2016

1) Staatseigene (kommunale) Betriebe & Einrichtungen

2) Vorschriften (Leitplanken) für den privaten Sektor

- freie Entscheidung innerhalb des gesetzlichen Rahmens

3) Finanzpolitische Instrumente

4) Erwerb von Gütern aus dem privaten Sektor

5) Informationen und Anreize für den privaten Sektor



# Optionen des Staates (Stiglitz) - Übersicht

Rogall  
2016

1) Staatseigene (kommunale) Betriebe & Einrichtungen

2) Vorschriften (Leitplanken) für den privaten Sektor

3) Finanzpolitische Instrumente

- ökologische Steuerreform, EU-CO<sub>2</sub>-Emissionshandelssystem

4) Erwerb von Gütern aus dem privaten Sektor

5) Informationen und Anreize für den privaten Sektor



# Optionen des Staates (Stiglitz) - Übersicht

Rogall  
2016

1) Staatseigene (kommunale) Betriebe & Einrichtungen

2) Vorschriften (Leitplanken) für den privaten Sektor

3) Finanzpolitische Instrumente

4) Erwerb von Gütern aus dem privaten Sektor

- Staat kann verschiedene Güter (z.B. Krankenversorgung, Sozialwohnungen) von privaten Anbietern herstellen lassen und anschließend für seine Bürger erwerben.

5) Informationen und Anreize für den privaten Sektor



# Optionen des Staates (Stiglitz) - Übersicht

Rogall  
2016

1) Staatseigene (kommunale) Betriebe & Einrichtungen

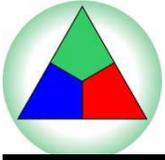
2) Vorschriften (Leitplanken) für den privaten Sektor

3) Finanzpolitische Instrumente

4) Erwerb von Gütern aus dem privaten Sektor

5) Informationen und Anreize für den privaten Sektor

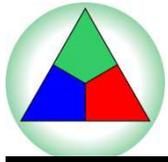
- indirekt wirkende Instrumente: Subventionen, Steuererleichterungen, Zuschüsse, zinsverbilligte Kredite



# Bewertung

Rogall  
2016

Die dargestellten Instrumente zeigen, dass es bei einer nachhaltigen Marktwirtschaft nicht um eine Abschaffung der Märkte und aller privatrechtlichen Eigentumsformen zu einer Zentralverwaltungswirtschaft geht, sondern um eine Marktwirtschaft, die einen **nachhaltigen Ordnungsrahmen** (nachhaltige Leitplanken) erhält, die die Entwicklungsrichtung von Produkten und eingesetzter Technik vorgibt, aber nicht jedes einzelne Gut.



# Eigentumsordnung in nachhaltiger Marktwirtschaft

Rogall  
2016

Eine nachhaltige Marktwirtschaft wird eine Vielzahl von Eigentumsformen aufweisen:

- 1) **Kapital-/Personengesellschaften** (aber neues Aktienrecht)
  - 2) **Kommunale u. staatl. Unternehmen.**
  - 3) **Gemeinnützige Genossenschaften und Stiftungen**
    - Begrenzung der Gewinne (z.B. auf 4%)
    - Begrenzung der wirtschaftlichen Macht
    - Begrenzung der kapitalistischen Fehlentwicklungen
- Unterstützt durch nachhaltige Leitplanken



# Privatisierungen in Marktwirtschaften

Rogall  
2016

## Hoffnungen der Privatisierung

- Entschuldung der öffentlichen Hand
- Verbesserung der Infrastruktur und Dienstleistungen
- Freisetzung von Effizienzpotentialen  
→ preisgünstige u. gute Versorgung der Bevölkerung sicherstellen.

## **Bewertung:** Ziele wurden **nicht** erreicht :

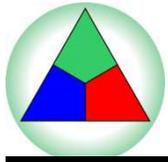
- 1) Der Verkauf vertuschte die niedrigen Mitteleinnahmen.
- 2) Oft wurden Investitionen unterlassen u. auf Kosten der Substanz die Dividenden erhöht (Wasserbetrieb, Deut. Bahn).
- 3) Entlassungswellen und Senkung der Lohn- und Arbeitsstandards (Sozialdumping) statt Effizienz (z.B. Post).



# Position der Bevölkerung

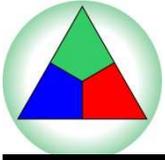
Rogall  
2016

- 81%** der befragten Deutschen und 90% der Österreicher schlossen sich 2010 bei einer Befragung der Aussage an, dass wir infolge der Wirtschafts- und Verschuldungskrise eine neue Wirtschaftsordnung brauchen, bei der der Schutz der Umwelt, der sorgsame Umgang mit den Ressourcen und der soziale Ausgleich in der Gesellschaft stärker berücksichtigt wird (Bertelsmann-Stiftung 2010/08/19).
- 31%** vertrauen in Deutschland (23% in Österreich) bei der Lösung der wirtschaftl. Probleme auf die sog. „Selbsteilungskräfte der Märkte“



## Ziele kapitalistische versus nachhaltige Marktwirtschaft

	<b>Kapital. Marktwirt.</b>	<b>Nachhaltige Marktwirtschaft</b>
<b>1) Natürl. Ress.</b>	Schwache Eingriffe	Ökolog. Leitplanken zum nachh. Umbau der Volkswirtschaften
<b>2) Allokationsmechanismus</b>	Marktmechanismus (Preise, Wettbewerb)	Einsatz von Leitplanken zur Erreichung des Zielsystems
<b>3) Wohlfahrt Angebot</b>	Marktprozesse Gewinn	Sozial-ökolog. Leitplanken Nachfrage aufgr. Leitplanken
<b>4) Krisenreaktion</b>	Glaube an Selbstheilungskräfte	Nachhaltige Wirtschaftspol
<b>5) Ethische Grundlagen</b>	Selbstverantwortung der Menschen	Prinzipien der Nachhaltigkeit z.B. Gerechtigkeit und Verantwortung
<b>6) Arbeitsbeziehungen</b>	Nach Machtposition	Soziale Leitplanken
<b>7) Staatsaufgaben</b>	Innere und äußere Sicherheit	Leitplanken bei Marktversagen, zur Erreichung des Zielsystems
<b>8) Ziel des Wirtschaftens</b>	Gewinn- und Nutzenmaximierung	Ausreichend hohe Standards im Rahmen der natürl. Tragfähigkeit. Angemessener Gewinn



Rogall  
2016

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für  
Wirtschaft und Recht Berlin  
Berlin School of Economics and Law

Wirtschaftssysteme: Überblick

7.1 Kapitalistische Marktwirtschaft

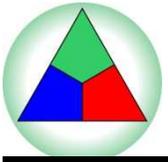
7.2 Zentralverwaltungswirtschaft

7.3 Nachhaltige Marktwirtschaft

## 7.4 Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands

7.5 Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik





## Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands: **Grundlage**

Rogall  
2016

- 🌐 **Alle** Gesellschaftsmitglieder u. ihre Organisationen unterliegen den **gleichen** verfassungsrechtl. **Strukturbestimmungen**.
- 🌐 Diese Aussage gilt auch für Glaubensgemeinschaften u. Wirtschaftsakteure. Sie können sich **nicht auf eigenständige Gesetze** berufen.
- 🌐 Die deutschen **Staatszielbestimmungen** bzw. die *verfassungsrechtlichen Grundprinzipien* werden im Grundgesetz in den **Artikeln 20 GG und 20a GG** fixiert und in weiteren Artikeln konkretisiert.
- 🌐 Danach ist die Bundes**republik** Deutschland ein **demokratischer** und **sozialer Bundesstaat**. Weiterhin schützt der Staat *auch in Verantwortung für künftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen (Nachhaltigkeitsprinzip)*.



# Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands: **Inhalt**

Rogall

2016

## **1) Demokratie**

- a) Volkssouveränität, b) Mehrheitsentscheidungen (Wahl der Parlamente u. Mehrparteiensystem), c) Freiheits- und Menschenrechte, (d) Gewaltenteilung

## **2) Sozialstaat**

## **3) Nachhaltigkeitsprinzip**

## **4) Republik und Bundesstaat**

## **5) Rechtsstaat**



# Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands: **Inhalt**

Rogall  
2016

## 1) Demokratie

## 2) Sozialstaat

- Art. 20 GG und einzelne Artikel → **Eingriffsgebot** des Staates

## 3) Nachhaltigkeitsprinzip

## 4) Republik und Bundesstaat

## 5) Rechtsstaat



# Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands: **Inhalt**

Rogall  
2016

## 1) Demokratie

## 2) Sozialstaat

## 3) Nachhaltigkeitsprinzip

- **Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 20a GG)**

## 4) Republik und Bundesstaat

## 5) Rechtsstaat



# Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands: **Inhalt**

Rogall  
2016

## 1) Demokratie

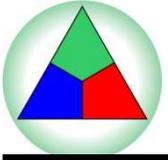
## 2) Sozialstaat

## 3) Nachhaltigkeitsprinzip

## 4) Republik und Bundesstaat

- **Republik** (keine Monarchie) und **Bundesstaat** (kein *Zentralstaat*), sondern *föderaler Aufbau* mit Bundesländern

## 5) Rechtsstaat



# Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands: **Inhalt**

Rogall  
2016

## 1) Demokratie

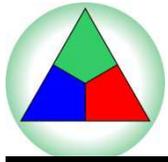
## 2) Sozialstaat

## 3) Nachhaltigkeitsprinzip

## 4) Republik und Bundesstaat

## 5) Rechtsstaat

- a) **Rechtshierarchie**, b) **Vorbehalt des Gesetzes** (Gesetz notwendig),  
c) **Rechtsschutzprinzip**.



# Staatsstrukturbestimmungen Deutschlands: **Inhalt**

Rogall  
2016

## **Demokratie**

- (a) Volkssouveränität (b) Mehrheitsentscheidungen (Wahl der Parlamente u. Mehrparteiensystem), (c) Freiheits- und Menschenrechte, (d) Gewaltenteilung

## **Sozialstaat**

- Art. 20 GG und einzelne Artikel → Eingriffsgebot des Staates

## **Nachhaltigkeitsprinzip**

- **Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 20a GG)**

## **Republik und Bundesstaat**

- **Republik** (keine Monarchie) und **Bundesstaat** (kein *Zentralstaat*), sondern *föderaler Aufbau* mit Bundesländern, (eigene Verwaltungen u. Finanzhaushalte, Gesetzgebungs-kompetenzen, über *Bundesrat* an der Gesetzgebung des Bundes beteiligt).

## **Rechtsstaat**

- (a) Vorrang von Verfassung und Gesetz, (b) Vorbehalt des Gesetzes (Gesetz notwendig), (3) Rechtsschutzprinzip.



Rogall  
2016

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für  
Wirtschaft und Recht Berlin  
Berlin School of Economics and Law

Wirtschaftssysteme: Überblick

7.1 Kapitalistische Marktwirtschaft

7.2 Zentralverwaltungswirtschaft

7.3 Nachhaltige Marktwirtschaft

7.4 Staatsstrukturbestimmungen

Deutschlands

## 7.5 Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik





# Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik

Rogall

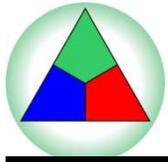
2016

 Das Grundgesetz legt die Entwicklung der Wirtschaftsordnung

**nicht** fest, möglich sind:

- **Sozial-ökologische Gemischtwirtschaft,**
- **soziale Marktwirtschaft,**
- **demokratischer Sozialismus** oder
- **Öko-Sozialismus.**

 aber **festgelegte Grenzen.**



# Wirtschaftsverfassung - Grenzen

Rogall  
2016

## 1. Eigentumsrecht, freie Entfaltung der Persönlichkeit (Vertrags- u. Gewerbefreiheit)

- → **zentrale Verwaltungswirtschaft mit ausschließlichem Staatseigentum an Produktionsmitteln ausgeschlossen**

## 2. Die Verfügungsgewalt über das Eigentum unterliegt Regeln und Grenzen

- „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ (Art. 14 Abs. 2 GG). Auch Enteignung möglich
  - **reine Marktwirtschaft ausgeschlossen**
  - **Begriff „freie“ Marktwirtschaft ist irreführend**

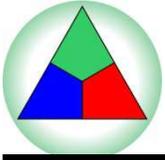
→ **Nachhaltige Marktwirtschaft.**



# Grenzen durch EU-Recht

Rogall  
2016

- Die Bestimmungen des GG werden *überlagert durch das EU-Recht* (Beansprucht Vorrang vor nationalem Recht)
- EU-Vorrang folgt aus Europäischen Verträgen. Da diese in das Gefüge der deutschen Verfassung eingreifen, bedürften sie der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit (Art. 23 Abs. 1 Satz 2 und 3 GG).
- Das Bundesverfassungsgericht hat diesen Vorrang in mehreren Entscheidungen akzeptiert



# Zwischenfazit

Rogall  
2016

Der Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage sorgt für effiziente Produktion und Verteilung vieler privater Güter. Bei Gütern mit externen Effekten versagt der Preismechanismus (Marktversagen)

Die strukturellen Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft führten zu einer ineffizienten Mangelwirtschaft

Die offensichtlichen Funktionsmängel beider Systeme führten zur Erkenntnis, dass beide Systeme nicht zukunftsfähig sind  
→ ständige Suche nach Optimum.



# Fazit 1

Rogall  
2016

Politik und Wissenschaft müssen verfassungsrechtliche Prinzipien berücksichtigen → Zielkonflikte zwischen einzelnen Zielen und Grundrechten brisant, wenn Nachhaltigkeitsziele mit dem Willen des Souveräns kollidieren.

Jede freie Gesellschaft benötigt einen Rahmen, der die Freiheit *aller* garantiert, damit jeder Mensch nicht nur menschenwürdig leben *könnte*, sondern es tatsächlich auch **kann**

→ In Zukunft die Rahmenbedingungen der Gegenwart so zu verändern, dass die Freiheitsrechte auch für die Zukunft gesichert werden können.



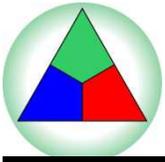
## Fazit 2

Rogall  
2016

Die Analyse der idealtypischen Wirtschaftssysteme in Theorie u. Praxis hat gezeigt, dass weder eine reine Plan- noch eine reine Marktwirtschaft in der Lage sind, die Bedürfnisse der Menschen dauerhaft zu befriedigen

→ prinzipielle Überlegenheit nachhaltiger Marktwirtschaften

Das sehen viele wirtschaftsliberale Autoren anders:  
Nach dem „Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus“  
haben auch die Sozialstaaten Westeuropas ihr Ende gefunden.



## Fazit 4

Rogall  
2016

Wir bleiben bei dem Begriff **Gemischtwirtschaft**.  
Staaten können durch regionale oder internationale Organisationen und Staatenbündnisse jederzeit für eine „Rückkehr der Politik“ sorgen und die Rahmenbedingungen verändern

Nur nachhaltige **Markt- oder Gemischtwirtschaften** sind in der Lage, die Ziele einer global aufrechterhaltbaren (nachhaltigen) Entwicklung zu erreichen.



## Fazit 3

Rogall  
2016

Vorübergehend kann sich eine (fast) reine Marktwirtschaft durchsetzen. Wurden gemischtwirtschaftliche Systeme nur solange konsensual vertreten wie mit den Zentralverwaltungswirtschaften eine Systemalternative existierte? → Führen „kapitalistische Systemzwänge“ zwangsläufig zu kapitalistischen Marktwirtschaft?

*Andere Autoren:* Begriffe „soziale“ oder sozial-ökologische Marktwirtschaft sind reine „Augenwischerei“ → nicht marktwirtschaftliche Prinzipien bestimmen Realität, sondern Gewinnmaximierung und Share-holder-value → **Kapitalismus**

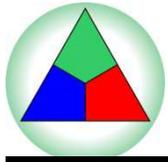


## Quellen - Basisliteratur

Rogall  
2016

-  Baßeler u.a. (2010): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, 19. Aufl., Stuttgart.
-  Rogall, H. (2013): Volkswirtschaftslehre für Sozialwissenschaftler, 2. Aufl., Wiesbaden.
-  Rogall, H. (2015): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre, 2. Aufl., Marburg.





# Systembewertung nach Kriterien der NaÖk

Rogall  
2016

- (1) Befriedigung der Bedürfnisse mit minimalem Aufwand (Ressourcen)
- (2) Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung  
(Verhinderung von: Massenarbeitslosigkeit, Wirtschaftskrisen, Inflation, außenwirtschaftlicher Abhängigkeit, Verschuldung)
- (3) Intragenerative Gerechtigkeit (Verhinderung: Hunger, Armut, Ungleichheit)
- (4) Verhinderung demokratisch nicht legitimierter Machtkonzentration
- (5) Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Einhaltung der Regenerationsraten, Verhinderung der Vergiftung der Biosphäre).



# Formen und Ursachen des Marktversagens

Rogall  
2016

## 1) Übernutzung der natürlichen Ressourcen

- Sozial-ökonomische Faktoren

## 2) Wirtschaftskrisen & Massenarbeitslosigkeit

- Nachfrageschwäche

## 3) Inflation/ Geldentwertung

- Nachfrageüberhang,  
Kosteninflation

## 4) Fehlender Wettbewerb, Konzentration

- Größenvorteile, Kartelle

## 5) Instabilität der globalen Finanz und Währungsmärkte

- Deregulierung, Spekulationen

## 6) Unzureichende Finanzierung meritorischer, exzessive Nutzung demeritorischer Güter

- Sozial-ökonomische Faktoren

## 7) Ungleich Einkommens- u. Vermögensverteilung, Armut

- Prekäre Beschäftigung,  
Steuersenkungen

➔ **Inakzeptable Ergebnisse, die die Demokratie destabilisieren**